



Plattform Anders Handeln: Globalisierung gerecht gestalten!

Wer profitiert heute vom globalen Wirtschaftssystem? In erster Linie Konzerne, Großunternehmen und die dahinter stehenden Vermögenden. Sie spielen Staaten und Beschäftigte gegeneinander aus, um ihre Steuern und die Löhne zu senken. Sie betrachten Umwelt-, Arbeits- und Sozialstandards als Hürden, die es zu beseitigen gilt. Sie nützen Sonderklagerechte für Konzerne, um Regierungen am demokratischen Rechtsstaat vorbei unter Druck zu setzen.

Die Globalisierung im Dienst der Konzerne ist kein unabwendbares Schicksal, sondern das Ergebnis der Politik der letzten Jahrzehnte. Wir stellen uns ihr rund zwanzig Jahren entgegen – mit einigen Erfolgen: Gemeinsam mit unseren Verbündeten in anderen Ländern haben wir Ende der 90er Jahre das Multilaterale Abkommen über Investitionen (kurz MAI) verhindert – den ersten großangelegten Versuch, Sonderrechte für Konzerne auf internationaler Ebene festzuschreiben. Auch die weitere Deregulierung von Gesundheit, Bildung und anderen öffentlichen Dienstleistungen im Rahmen des allgemeinen Dienstleistungsabkommen der Welthandelsorganisation (GATS) konnten wir in den ersten 2000er Jahren aufhalten.

Die Agenda der Konzerne ist die gleiche geblieben, ebenso wie die Handelspolitik der EU. Die rund dreißig Abkommen, welche die EU derzeit im Auftrag aller Mitgliedsländer verhandelt, enthalten die immer gleichen, fatalen Konzern-Wunschlisten. Die bekanntesten Beispiele dafür sind TTIP und CETA. Gemeinsam mit unseren Verbündeten in Europa und Nordamerika konnten wir sie entscheidend bremsen – und zugleich große Teile der Bevölkerung gegen die neoliberale Handelspolitik insgesamt mobilisieren. Doch dabei wollen wir nicht stehen bleiben. Ein grundlegender Kurswechsel ist nötig.

Es ist höchste Zeit, anders zu handeln: Wir wollen die Globalisierung gerecht gestalten. Das Interesse von Mensch und Umwelt muss über jenem von Kapital und Konzernen stehen - weltweit. Damit unterscheiden wir uns gleichermaßen vom Neoliberalismus der Regierenden in Europa wie vom Nationalismus und den „Mein Land zuerst“ Politiken der Rechtsparteien.

Anders Handeln: Schaffen wir Gerechtigkeit für alle statt Profite für wenige. Wir wollen Umwelt-, Arbeits- und Sozialstandards ausbauen, statt sie im Teufelskreis der Standortkonkurrenz immer weiter auszuhöhlen. Kleine und mittlere Unternehmen, die sozial und ökologisch arbeiten, werden gegenüber großen Konzernen nicht länger benachteiligt; Beschäftigte sowie Bauern und Bäuerinnen in unterschiedlichen Ländern nicht länger gegeneinander ausgespielt. Handel trägt dazu bei, ein gutes Leben für alle zu ermöglichen, statt Ausbeutung von Mensch und Natur und Dumping zu fördern. Investitionen fördern die wirtschaftliche Entwicklung und Beschäftigung vor Ort.

Anders Handeln: Sichern wir unsere Lebensgrundlagen, statt Klima und Umwelt zu zerstören. Waren werden so lokal oder regional wie möglich und so global wie nötig hergestellt und gehandelt. Egal, wo produziert wird: Die bestmöglichen Umwelt-, Arbeits- und Sozialstandards sind das Ziel, nicht der maximale Profit.

Anders Handeln: Erhalten wir Bildung, Gesundheit, Wasser und vieles mehr als öffentliche Güter. Sie dürfen keine Waren sein, die sich nur wenige leisten können. In Handelsabkommen haben sie daher nichts zu suchen. Bauen wir öffentliche Dienstleistungen so aus, dass sie allen Menschen unabhängig vom Einkommen zur Verfügung stehen.

Anders Handeln: Schützen und erweitern wir politische Handlungsspielräume, statt sie durch Sonderklagerechte für Konzerne oder unumkehrbare Regelungen im Interesse von Konzernen zu untergraben. Handels- und Investitionspolitik muss so gestaltet sein, dass Menschen-, Arbeitnehmer_innen- oder Umweltrechten erreicht und umgesetzt werden.

Anders Handeln: Stärken wir die Demokratie in der Handelspolitik. Alle Betroffenen bestimmen vor, während und nach Verhandlungen in breiten Diskussions- und Beteiligungsverfahren mit. Stärken wir in der Handels- Investitionspolitik jene Institutionen, die für Initiativen aus der Bevölkerung zugänglich sind: Gemeinden und Parlamente, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft.